

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1918**

6 (8.1.1918)

# VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Blagen od. am Postkassier monatl. 1.10 M., 1/2jährl. 3.20 M., zugestellt durch unsere Träger 1.20 bezw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bezw. 3.60 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Montag mittags, Geschäftszeit: 1/2 8—1/2 1 u. 2—1/2 6 Uhr abends, Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 A. Blanzangeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 9 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geß & Cie., Karlsruhe.

## Fortgang der Friedens-Verhandlungen.

### Die russische Delegation eingetroffen.

Brest-Litowsk, 7. Jan. (W.B. Nicht amtlich.) Heute Vormittag sind die russischen Friedensdelegierten einschließlich Trotski hier eingetroffen.

#### Der deutsche Standpunkt.

Berlin, 7. Jan. (Privattelegramm.) Gegenüber der Auffassung, die teilweise in der Presse wiedergegeben worden ist, daß die Erklärungen vom 28. Dezember über den Verlauf der Verhandlungen mit Rußland nicht übereingestimmt hätten mit der Auffassung und den Aeußerungen der russischen Delegation, ist durch die Einsichtnahme in das Protokoll der Verhandlungen in Brest-Litowsk festgestellt, daß die deutsche Vertretung dem Stande der Verhandlungen und dem Inhalte des Protokolls durchaus entspricht und daß die Auffassung der russischen Delegation, wie sie in der neutralen und russischen Presse dargestellt wurde, eine andere Darstellung gibt, als sie den Tatsachen entspricht.

Die ukrainische Delegation hat das in Aussicht gestellte Zirkular über die Selbständigkeit der Ukraine noch nicht überreicht. Die Ueberreichung wird voraussichtlich heute erfolgen. Die Vertreter der Ukraine legen den größten Wert darauf, völlig selbständig neben der russischen Delegation zu verhandeln.

#### Eine deutsche Erklärung.

W.B. Berlin, 7. Jan. Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt unter der Überschrift „Ruhige Sicherheit u. a.“: Der Zwischenfall von Brest-Litowsk, der in den Morgenstunden vom Samstag zum Teil schon abgemacht und größtenteils angenommen worden, ist durch die Inhabe, aber inhaltvolle Erklärung, die der Unterstaatssekretär Herr v. d. Busche im Auftrag des Reichskanzlers im Hauptplausch abgegeben hat, auf sein richtiges Maß zurückgeführt worden. Die Verhandlungen sind mit nichten abgebrochen; sie waren nicht einmal zeitweise ganz ausgeföhrt. Was vorliegt, sind einige Wünsche der Russen, die über alle Formen und Gebrauche vorgebracht wurden, deren Erfüllung dann prompt von unseren Vertretern abgelehnt wurde und die jetzt ordnungsgemäß, aber mit demselben Ergebnis besprochen werden dürften. Was dann weiter geschah, wird, entzieht sich jeder Voraussetz. Es wäre also wieder einmal besser gewesen, keinen Sturm im Wasserglas zu erzeugen, nicht gleich die Vorgänge in die grellsten Farben zu kleiden, sondern dessen eingedenk zu sein, daß eine Friedensverhandlung nach 3 1/2-jährigem Krieg nicht in den Formen eines Kaffeekränzchens sich abspielt und daß diesem Zwischenfall mancher andere folgen wird.

Wenn man gewissen (alldeutschen) Zeitungen glauben wollte, dann wäre der Freitag mit der Erklärung des Reichskanzlers der große Tag der politischen Vereinigung gewesen, dann wäre an diesem Tag der chirurgische Schnitt gemacht worden, der unserer Politik wieder die Gesundheit gebracht und der unsere Friedensunterhändler auf die richtigen Wege gebracht hätte. Davon kann natürlich keine Rede sein. Unsere Vertreter sind von Berlin abgereist, ausgerüstet mit dem Vertrauen, das sie sich in den Verhandlungspausen verschafft hatten. Sie waren und sind willens, den Weg, der im Dezember schon zu nennenswerten Stationen geführt hat, im neuen Jahre weiter zu gehen, möglichst bis zum Ziel. Nicht wir waren es, die eine Störung verursachten, sondern die russischen Delegierten, und wenn schon eine Schwertung festgestellt werden konnte, dann müßte man sie drüber jucken, wo die Bolschewik-Regierung irgend eine Regelung nachgegeben hat. Vielleicht hat sie unter einer inneren Zwangstellung der Versuch machen zu müssen geglaubt, ihrer Ideologie zum vollen Sieg zu verhelfen; vielleicht ist sie aber auch den Weltmächtigen ins Garn gegangen. Für die erste Möglichkeit spricht vor allem die schnelle Bereitwilligkeit, nach Brest-Litowsk zu kommen, als der entschiedene Widerspruch die verstreuten Hoffnungen gleich tot schlug. Die zweite Möglichkeit ist auch heute noch nicht aus dem Auge zu lassen, da England alle Mienen hat springen lassen, um den guten Friedensbaum zu verschütten. Verhängnisvoll wäre das nur für Rußland, dessen zweite Revolution dann wohl das Schicksal der ersten finden würde.

All das können wir ruhig sich entwickeln lassen. Unsere Deute stehen auf der Wacht und daß auch die Politik den richtigen Kurs feuert, ist in den letzten Monaten immer deutlicher geworden. Wenn heute der russischen Regierung gesagt wird, bis hierher und nicht weiter, wenn wir ihr bedeuten, daß wir auch ein Mindestprogramm und Mindestkriegsziel haben, dann geben wir damit nicht irgendwelchen Machtgelüsten die Oberhand; nein, wir bestimmen uns nur, daß wir zum mindesten in diesem Handeln nicht die Schwächeren sind, die zu allem Ja und Amen sagen müssen. Lokal wie bisher wollen wir weiter verhandeln, wenn die Bolschewiki sich zu den Tatsachen zurückfinden, die zum Frieden führen. Kühl werden wir unserer Stärke vertrauen, wenn die russischen Vertreter in irgend eine Form den Anschluß an die unsere Vernichtung bezweckenden Pläne der Westmächte erstreben.

### Die Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat Sonntag mittags zusammen, um über die neue durch die Vorgänge in Brest-Litowsk geschaffene Lage zu beraten. Die Beratung gestaltete sich insofern schwierig, als die Materie, der sie galt, sich noch völlig im Flusse befindet und möglicherweise zu gleicher Zeit schon an anderer Stelle ernste Entscheidungen gefallen sein konnten, von denen man Sonntag mittags im Reichstag noch nichts wußte.

Nach mehrstündiger Debatte beschloß die Fraktion folgende Kundgebung:

Angeichts der Vorgänge in Brest-Litowsk und des Ansturms der Annektionisten gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker erklärt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erneut, daß ein freundschaftliches Verhältnis und ein dauernder Frieden nur möglich ist bei ehrlicher Durchführung des demokratischen Grundrechts der Selbstbestimmung der Völker.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert deshalb, daß den beteiligten Völkern die freie vollkommen unabhängige Willenserklärung garantiert wird.

Die letzte Entscheidung über die innere und äußere staatsrechtliche Gestaltung der in Betracht kommenden Gebiete muß verfassungsgemäß, aus allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangenen Landesparlamenten oder Volksabstimmungen überlassen werden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion billigt einmütig das Verhalten ihrer Vertreter im Hauptplausch und ist entschlossen, jedem Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechts

### Eine internationale sozialistische Friedensaktion.

Der Vorstand der sozialistischen Partei Schwedens hat eine neue Aktion eingeleitet, um die Einigung der Internationalen Arbeitervereine herbeizuföhren. Der schwedische Parteivorstand hat an die Sozialisten aller Länder, und namentlich an die Sozialisten Englands, Frankreichs, Italiens und Amerikas eine Aufforderung gerichtet, den Zusammenstoß durchzuführen. Da die Regierungen ihren mangelnden Friedenswillen zu erkennen gegeben hätten, müßten die Völker selbst miteinander in Verbindung treten, um sofort einen allgemeinen, gerechten Frieden herbeizuföhren.

### Die Dauer des Waffenstillstandes.

Die Frage, ob der Waffenstillstand über den 14. Januar hinaus dauern soll, ist heute aktuell geworden. Der am 15. Dezember 1917 in Brest-Litowsk abgeschlossene Waffenstillstandsvertrag bestimmte in seinem Artikel 1: Der Waffenstillstand beginnt am 17. Dezember 1917 12 Uhr mittags und dauert bis zum 14. Januar 1918, 12 Uhr mittags. Die vertragsschließenden Parteien sind berechtigt, den Waffenstillstand am 21. Tage mit siebentägiger Frist zu kündigen. Erfolgt dies nicht, dauert der Waffenstillstand automatisch weiter, bis eine der Parteien ihn mit siebentägiger Frist kündigt. Seit gestern, spätestens aber heute mittags müßte also der Waffenstillstand gekündigt sein, wenn von einer der beiden Parteien die Absicht bestünde, die Feindseligkeit am 14. Januar wieder zu eröffnen.

### Haltung der englischen Gewerkschaften

London, 6. Jan. Nach einer Neutermeldung berief Lloyd George gestern die Vertreter der Gewerkschaften zu sich und gab diesen eine Erklärung über die Kriegsziele, in der er a. a. ausföhrt: Wir sind in der kritischsten Stunde dieses furchtbaren Kampfes angelangt und bevor eine Regierung eine schwerwiegende Entscheidung über die Bedingungen fahrt, unter denen sie den Kampf beenden oder fortsetzen soll, muß dem Gemüthe getan werden daß das Gewissen der Nation hinter den Bedingungen steht. Zu der Erklärung des Grafen Czernin, die dieser am 26. Dezember im Namen Oesterreich-Ungarns und seiner Verbündeten abgab, sagte Lloyd George: Diese ist bedauerlich und unbestimmt. Klingende Worte allein über die Formel „keine Annexionen und keine Entschädigungen“ oder das Recht der Selbstbestimmung sind zwecklos, bevor irgend welche Verhandlungen überhaupt begonnen werden können, müssen sich die Mittelmächte der wesentlichen Tatsachen der Lage bewusst werden. Die ersten Forderungen, die daher die britische Regierung und ihre Verbündeten immer vorangesetzt haben, sind die vollständige Wiederaufrichtung Belgiens und eine solche Entschädigung für seine vertriebenen Städte und Provinzen, als gemacht werden kann. Dies ist nicht die Forderung einer Kriegsentchädigung, wie sie Deutschland im Jahre 1871 Frankreich auferlegt hat. Es ist auch kein Versuch, die Kosten der Kriegshandlungen von einem Kriegsführenden auf den andern zu schieben. Es ist nicht mehr und nicht weniger als das Bestehen darauf, daß, bevor es irgend eine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden geben

kann, dieser große Bruch des öffentlichen europäischen Rechts seine Zurückweisung erfahren und soweit als möglich gutgemacht werden muß.

London, 6. Jan. (Neuter.) In einer Besprechung der Rede Lloyd Georges sagte Henderson, die Arbeiterchaft würde sie insofern willkommen heißen, als sie eine klare Festhaltung über die Ziele sei, für deren Verwirklichung England den Krieg fortsetze. In einigen Beziehungen verfoert sie die erklärten Grundsätze und Ziele, die die Arbeiterchaft bei der neulichen Konferenz als wesentliche Kriegsziele festgesetzt hat. Die Arbeiterchaft besteht auf der vollständigen Freiheit und Unverletzlichkeit Belgiens, Serbiens, Rumaniens und Montenegros und auf der Schaffung einer festen Grundlage für einen Bund der Nationen und Völker zum Zweck der Abrüstung und Verhütung künftiger Kriege. Dies stellt unsere Mindestforderung dar, die keine Einschränkung duldet und, wenn wir diese erreichen, wünschen wir die vollständige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen und die völlige Abständnahme von allen Versuchen, hinsichtlich eines Wirtschaftskrieges oder Boykotts. Insofern als die Erklärung des Premierministers mit diesen Grundsätzen übereinstimmt, heißen wir sie willkommen und sind überzeugt, daß keine andere Regelung vereinbart sein kann mit dem zum Ausdruck gebrachten Wunsch nach einem Frieden, der nicht den Samen künftiger Kriege enthält. In dem die Stellung der britischen Arbeiterchaft in der gegenwärtigen Krisis näher beleuchtete, sagte Henderson, ihre Ziele seien dieselben wie im Jahre 1914, nämlich Vernichtung des Militarismus nicht nur in Deutschland, sondern überall. Dies kann nur erreicht werden durch ein klares begründetes Abkommen zwischen den Völkern und eine Regelung auf den Grundzügen internationaler Gerechtigkeit. Die Arbeiterchaft verweist ebenso vollständig wie die Volkswirtschaft jeden Gedanken, der aus dem Kriege nationaler oder imperialistischer Nutzen ziehen möchte. Im wesentlichen stimmen wir mit den Bolschewiki überein, ebenso wie Wilson, wir wirt aus den von ihm veröffentlichten Erklärungen schließen. Über begreiflicherweise wird nach dem Kriege dieser große Umfang der Anwendung dieser Grundsätze ungeheuer verwickelt n. dem. Auf dieser Frage der Anwendung beruht, wie wir wissen, eine sehr günstige Gelegenheit für jegliche Art hinterlistiger und falscher Vorwände. Gerade haben wir ein Beispiel dafür in den deutschen Vorschlägen über Polen und Litauen. Wir, die britische Arbeiterpartei sind aufrichtig und wir haben nicht die Absicht, irgend einen falschen Vorwand zu dulden. Wir fordern, die russischen Kameraden auf überzeugt zu sein, daß die britische Arbeiterchaft in autem Glauben handelt und daß wir auf unserer Hut sind vor jeder Verdröhung der Grundsätze, auf denen wir stehen, durch unheimlichen und imperialistischen Ehrgeiz. Henderson schloß: Ich will jetzt noch einen dringenden u. bestimmten Appell an die russischen Kameraden richten. Wenn sie irgend eine Grundlage der Verhandlung mit den Mittelmächtigen für einen allgemeinen Frieden erzielen, so erlaube ich sie, darauf zu bestehen, daß die Mittelmächte diese Grundlage der Ermüdung aller Regierungen und Völker, die es angeht, unterbreiten werden. Sie können sich darauf verlassen, daß die Vertreter der britischen Arbeiterchaft alles tun werden, was in ihrer Macht steht, um darauf zu sehen, daß sie eine deutliche, ehrliche und begründete Antwort erhalten.

### Umfall Landeshauptmannes.

London, 7. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Lord Landeshauptmann jagte in einer Unterredung, er habe nur eine kurze Zusammenfassung der Rede des Premierministers gesehen und möchte deshalb von einer Besprechung absehen bis er den vollen Wortlaut gelesen habe. Landeshauptmann bemerkte mit Befriedigung, daß der Premierminister in bestimmten Wendungen den Grundsatz bekräftigte, daß England niemals nach größerer Macht strebe, sondern vielmehr danach, sich von den Hoffnungen und Plänen der militärischen Herrschaft abzuwenden. Er stimmte mit der Absicht des Premierministers überein, daß ein gerechter dauerhafter Friede nur auf den vom Premierminister dargelegten Bedingungen gegründet sein könne. Die Annahme dieser Bedingungen durch Deutschland würde in sich schließen, daß der alte Geist der militärischen Herrschaft ausgepielt habe. Eine solche Annahme würde an sich das Zustandekommen einer Niederlage sein.

## Kriegsnachrichten.

### Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 7. Jan. (W.B. Amtlich.)

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Im östlichen Stellungsbogen östlich von Ypern und in einzelnen Abschnitten zwischen den von Arras und Peronne auf Cambrai führenden Straßen entwickelten sich am Nachmittag heftige Artilleriekämpfe. Auch zwischen der Miette und der Aisne, beiderseits von Ornes und auf dem Westufer der Meuse war das Artillerie- und Minenfeuer gesteigert. Die Kampftätigkeit der Infanterie blieb auf Erkundungen im Verband der Stellungen beschränkt.

#### Ostlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

#### Mazedonische Front

Die Lage ist unbedändert.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.  
(Weitere Kriegsnachrichten siehe Seite 5.)



politische Gleichberechtigung, Einheit von Volk und Staat, kurz Demokratien in diesem Sinne sind besser." Aber sie betonen zugleich, daß besondere Interessen der Gewerkschaften am wirtschaftlichen Schutz der Schwachen und wollen die im sozialpolitischen Arbeiterprogramm aufgestellten Forderungen zum Gegenstand einer großzügigen Propaganda machen. Das Arbeiterprogramm soll daher zugleich als Agitationschrift in Massen verbreitet werden und durch zahlreiche Kundgebungen der Arbeiter- und Angehörigen zu seinen Gunsten das nötige Gewicht erhalten.

**Ein Ortsbefehl für die Vaterlandspartei.  
Generale als Vorstandsmitglieder.**

Obwohl die Deutsche Vaterlandspartei eine politische Partei wie jede andere ist, erfreut sie sich doch weitgehender militärischer Protektion. Unter ihren Vorstandsmitgliedern und Rednern befindet sich eine ganze Reihe von Generalen. So stehen an der Spitze des Landesvereins Groß-Berlin der Vaterlandspartei, wie wir einem soeben in der Presse erschienenen Aufruf entnehmen, Generaloberst von Luck und General der Infanterie z. B. v. Kochow. In Neuruppin wird sogar in einem Ortsbefehl des Garnisonältesten (vom 27. Dezember 1917) in folgender Weise für die Vaterlandspartei agitiert:

Heute abend 8 Uhr findet im „Strandgarten“ von der Ortsgruppe Neuruppin und Umgegend der Deutschen Vaterlandspartei Vortragabend Se. Erzellas des Generalleutnants v. Nieber statt.

Die Offiziere der Garnison werden hierzu eingeladen. Der Garnisonälteste: . . . . .

Was sagen, so frägt das „Berliner Tageblatt“ und auch die leitenden Militärbehörden zu dieser eigenartigen Agitation für die Vaterlandspartei, die in schärfster Opposition gegen die Friedenspolitik der Regierung steht?

**Die Wahlrechte der deutschen Bundesstaaten.**

Eine Zusammenstellung der Wahlrechte der deutschen Bundesstaaten, die dem preussischen Abgeordnetenhaus auf Wunsch seiner Verfassungscommission zugegangen ist, bietet ein buntes Bild. Von den 23 in Betracht kommenden Bundesstaaten besteht — abgesehen von Preußen — noch in sechs das Zweikammersystem und zwar in Baden, Bayern, Hessen, Sachsen, Württemberg u. Elsaß-Lothringen. In einer größeren Zahl der übrigen Bundesstaaten ist die Volksvertretung derart gebildet, daß sie sich neben gewählten auch aus ernannten Mitgliedern zusammensetzt. Das ist der Fall in Anhalt, wo von 46 Abgeordneten zwei vom Herzog ernannt sind; 8 die meistbesteuerten Grundbesitzer, 5 die meist besteuerten Handel- und Gewerbetreibenden, je einen die Handelskammer, Landwirtschaftskammer, Handwerkerkammer und Arbeiterkammer entsenden während 16 von den Städten und 11 vom platten Lande gewählt werden. In Braunschweig gehen von den 48 Abgeordneten 18 aus besonderen Berufsständen, 30 aus allgemeinen Wahlen hervor. In Meuß a. L. werden 30 15 Abgeordnete 3 vom Landesherren ernannt, 2 werden von Rittergutsbesitzern, einer von den ländlichen Gemeindevorstehern aus ihrer Mitte und 7 von den übrigen Ständeangehörigen gewählt. Außerdem gehören dem Landtage die beiden Bürgermeister von Greiz und Zeulenroda an. In Meuß j. L. zählt der Landtag 21 Mitglieder und zwar dem fürstlichen Besitzer des Reichs-Großfiskus Paragium, 3 Abgeordneten der Höchstbesteuerten mit über 7500 M. Einkommen und 17 Abgeordneten der übrigen Wähler.

In Sachsen-Weimar gehen von den 88 Abgeordneten 23 aus allgemeinen Wahlen hervor, 5 werden gewählt von den größten Grundbesitzern, 5 von den übrigen Höchstbesteuerten, je einer von der Universität Jena, der Handelskammer, der Landwirtschaftskammer, der Handwerkerkammer und der Arbeiterkammer. Schaumburg-Lippe zählt 15 Abgeordnete, und zwar 2 vom Landesherren ernannte Vertreter, je einen Vertreter des ritterschaftlichen Grundbesitzes, der Geistlichkeit, der übrigen Akademiker der Stadt Stadthalter, 2 Vertreter von Wüdeburg und 7 ländliche Vertreter. In Schwarzburg-Sondershausen werden 6 Mitglieder des Landtages vom Fürsten ernannt, 2 vertreten die Höchstbesteuerten, 6 gehen aus allgemeinen Wahlen hervor.

In einer Reihe weiterer Landtage finden wir zwar keine ernannten Abgeordneten, wohl aber sind hier die Abgeordneten nach

verschiedenen Gesichtspunkten getrennt. So werden in Hamburg von den 160 Mitgliedern 80 durch alle Bürger, 40 durch die Grundeigentümer der Stadt u. 40 durch die Notabeln gewählt. In Hessen erfolgt die Wahl von 15 Abgeordneten von einzelnen Städten, während 48 Abgeordnete von den aus den übrigen Gemeinden gebildeten Wahlkreisen gewählt werden. In Lübeck setzt sich die Vertretung der Bürgererschaft zusammen aus 105 Vertretern der Höchstbesteuerten und 45 Vertretern der übrigen Wahlberechtigten. In Sachsen gehen 48 Abgeordnete der Zweiten Kammer aus städtischen, 48 aus ländlichen Wahlkreisen hervor. In Sachsen-Altenburg finden wir 11 Vertreter der Städte, 12 Vertreter des flachen Landes, 9 Vertreter der Höchstbesteuerten. In Sachsen-Meiningen 4 Vertreter der Höchstbesteuerten Grundbesitzer, 4 Vertreter der höchsten Personalsteuer Zahlenden, 16 Vertreter der übrigen Wähler. In Schwarzburg-Rudolstadt stellen die Höchstbesteuerten 4 Vertreter, die übrigen gehen aus allgemeinen Wahlen hervor. In Württemberg endlich werden 75 Abgeordnete von den größeren Städten und Oberamtsbezirken, 17 von 2 Landes-Wahlkreisen gewählt.

Einheitliche Volksvertretung, d. h. solche, wo die Abgeordneten auf Grund ein- und desselben Wahlgesezes und aus der gesamten Wählerchaft ohne Trennung in Berufsarten oder sonstige Merkmale gewählt sind, treffen wir nur in Preußen, Baden, Bayern, Bremen, Elsaß-Lothringen, Lippe-Deimold Oldenburg, Sachsen, Coburg, Gotha, Waldeck und Pyrmont.

Was den Kreis der Wahlberechtigten betrifft, so sind die Frauen überall vom Wahlrecht ausgeschlossen. Die Altersgrenze für das Wahlrecht der Männer ist durchweg die Vollendung des 25. Lebensjahres. Aber die Zurücklegung dieses Lebensalters allein genügt nicht. Es kommen als weitere Voraussetzungen hinzu der Erwerb der Staatsangehörigkeit, eine mehr oder weniger lange Aufenthaltsdauer im Staate, teilweise auch die Entrichtung von Steuern. So verlangt Anhalt, daß die Wähler seit mindestens 3 Jahren ihren Wohnsitz im Herzogtum haben. Baden fordert den Wohnsitz in Baden zur Zeit der Wahlen und seine Staatszugehörigkeit seit zwei Jahren. Bayern verlangt die einjährige Staatszugehörigkeit und die Entrichtung einer direkten Steuer seit einem Jahre, wobei zu bemerken ist, daß in Bayern die Einkommensteuerpflicht bereits bei 300 M. Einkommen beginnt und die Gewerbesteuer schon bei einem Betriebskapital von 500 M. entrichtet werden muß. Braunschweig verlangt die Staatszugehörigkeit und einjährigen Wohnsitz im Lande. In Bremen ist Voraussetzung der Ablauf von zwei Jahren seit Leistung des Staatsbürgerrechts und dreijährige Staatsangehörigkeit nach vollendetem 21. Lebensjahre. In Elsaß-Lothringen genügt die Reichsangehörigkeit. Doch wird weiter gefordert ein dreijähriger Wohnsitz in Elsaß-Lothringen (für Beamten, Geistliche und Lehrer einjähriger Wohnsitz), sowie der Wohnsitz in einer Gemeinde seit einem Jahre. In Hamburg ist vom Wahlrecht ausgeschlossen, wer keine Einkommensteuer zahlt oder mit der Zahlung im Rückstande ist. Die Steuerpflicht beginnt hier mit 900 M. Einkommen. Hessen fordert dreijährigen Wohnsitz im Großherzogtum, einjährigen Besitz der Staatsangehörigkeit und Zahlung direkter Staats- und Gemeindesteuern (Beginn der Steuerpflicht 300 M.). In Lippe-Deimold genügt die Reichsangehörigkeit, falls die Verheirateten 3 Jahre in Lippe wohnen. Lübeck verlangt neben der Staatsangehörigkeit einen vierjährigen Wohnsitz im Staatsgebiet bei gleichzeitiger Zahlung von Einkommensteuer. Oldenburg fordert die Reichsangehörigkeit und einen dreijährigen Wohnsitz im Großherzogtum, Meuß a. L. den Wohnsitz seit einem Jahre und Zahlung einer direkten Steuer, Meuß j. L. einjährige Staatsangehörigkeit und Wohnsitz am Ort der Listenaufstellung seit 3 Monaten. Sachsen zweijährige Staatsangehörigkeit und Entrichtung einer direkten Staatssteuer (Einkommensteuergrenze 400 M.), Sachsen-Altenburg Staatsangehörigkeit, Entrichtung einer direkten Steuer und monatlicher Wohnsitz, Sachsen-Coburg-Gotha nur Entrichtung direkter Steuern, Sachsen-Meiningen lediglich Staatsangehörigkeit. Sachsen-Weimar verlangt den Erwerb des Bürgerrechts, Schaumburg-Lippe die Staatsangehörigkeit, Schwarzburg-Rudolstadt die Staatsangehörigkeit und die Entrichtung direkter Steuern. In Schwarzburg-Sondershausen ist wahlberechtigt jeder über 25 Jahre alte Staatsangehörige, der nicht über ein Jahr mit direkter Staatssteuer im Rückstande ist, und das Bürgerrecht in emer Gemeinde besitzt. Das Bürgerrecht selbst ist geknüpft an einen dreijährigen Wohnsitz in der Gemeinde. In Waldeck-Pyrmont bildet Voraussetzung die Staatsangehörigkeit, der Besitz eines eigenen Hausstandes und die Entrichtung einer Steuer von 3 M. oder einen Grundbesitz von 100

Feuten oder der Besitz eines Wohnhauses. Württemberg endlich stellt als einziges Erfordernis den Besitz der Staatsangehörigkeit.

**Ausland.**

**Verurteilung französischer Friedensfreunde.**

Wie die Pariser „Humanité“ vom 30. Dezember 1917 aus Bordeaux berichtet, wurde Volksschullehrer Mahouq und seine Frau zu je 2 Jahren Gefängnis und je 1000 Francs Geldstrafe verurteilt, weil sie Friedenspropaganda betrieben hätten.

Der Mitgliederbestand der französischen sozialistischen Partei. Wie der Parteisekretär Louis Dubriouh in der „Humanité“ vom 31. Dezember mitteilt, wurden im Jahre 1917 insgesamt 28 069 Mitgliedsarten ausgegeben gegen 25 681 im vorhergehenden Jahre. Die ganze französische Partei zählt also gegenwärtig 25 000 Mitglieder.

**Gewerkschaftliches.**

Das Buchdruckgewerbe und der Krieg. Inwiefern die lange Dauer des Krieges auch das Arbeitsverhältnis im Buchdruckgewerbe beeinflusst hat, zeigt eine interessante Betrachtung im „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“. Darin wird betont, daß nur wenig mehr als 30 000 Gehilfen noch in ihrem Berufe tätig sein werden, während etwa 50 000 Verbandsmitglieder sich beim Militär befinden; ungefähr 10 000 aber konnten als Entlassene oder Beurlaubte in der schwachen beruflichen Heimatarmee wieder tätig sein. Der Gehilfensatz ist fast nur durch weibliche Personen gedeckt worden, die meistens am Handtag und auch häufig an Sechsmaschinen anzutreffen sind. Ende Oktober waren bereits 3172 Frauen und Mädchen in den Buchdruckereien an Gehilfenplätzen tätig. Bis zum Jahresabschluss wird indessen nur noch mit einer kaum nennenswerten Vermehrung dieser Zahl gerechnet, denn die Hoffnung auf die Frauennarbeit im Buchdruckgewerbe hat sich nach mancherlei Auslassungen, namentlich auf der Tagung des Tarifausschusses, als übertrieben herausgestellt.

Dagegen ist in starkem Maße ein neuer Zufluß an Lehrlingen zu verzeichnen, so daß für die Ausbildung dieser Kriegsteilnehmer die lebhaftesten Bedenken geltend gemacht werden.

Daß der „Korrespondent“, der trotz der langen Dauer des Krieges immer noch dreimal in der Woche erscheint, wie alle Gewerkschaftsblätter sich in Bezug auf seinen früheren Umfang erhebliche Beschränkungen auferlegen mußte, sei nur nebenbei bemerkt. Die Auflage ist indessen erfreulicherweise gegenüber 1916 fast die gleiche geblieben.

**Kommunalpolitik.**

W. Berlin, 5. Jan. (Nichtamtlich.) Durch Gesetz vom 4. März 1917 ist zur Sicherstellung des kommunalen Wahlrechts der Kriegsteilnehmer den Stadt- und Landgemeinden die Befugnis gegeben worden, für das Jahr 1917 durch Gemeindebeschlüsse anzuordnen, entweder, daß von einer Aufstellung einer allgemeinen und Einzel-Berichterstattung, sowie Auslegung der Liste der stimmberechtigten Bürger (Gemeindeglieder) abgesehen und bei Wahlen die letzte endgültige Liste zugrunde gelegt wird, oder daß bei der gleichmäßigen Aufstellung (Berichtigung) der Listen hinsichtlich der Kriegsteilnehmer, die den sonstigen Voraussetzungen für den Erwerb und die Ausübung des Bürger-Gemeindeglieds genügen, eine Verminderung der veranlagten Steuerjahre oder der Einkommenbezüge, die etwa gegenüber den für die letzte endgültige Liste maßgebenden Verhältnissen eingetreten ist, außer Betracht bleibt. Es ist damit zu rechnen, daß die Geltungsdauer dieser gesetzlichen Bestimmungen in allerhöchster Zeit auf das Jahr 1918 erstreckt wird. Gemeinden, die sonst nach den für sie gültigen Gemeindeverfassungsgesetz bereits in der zweiten Hälfte des Monats Januar die Auslegung der Listen für die Wahlen zur Gemeindevertretung vornehmen müssen (vornehmlich sind das Landgemeinden) werden gut tun, um sich vorarbeiten zu erlauben, die Fortdauer der oben erwähnten Bestimmungen schon jetzt Rücksicht zu nehmen.

**Vom Tagungsort der Friedensverhandlungen.**

Unter wie anderen äußeren Umständen spielt sich doch die Friedenskonferenz ab, als man sich früher allgemein vorgestellt hatte. Schon der Ort der Handlung hätte man noch vor wenigen Monaten nicht voraussehen können. So manche Stadt im neutralen Europa wünschte für sich den Ruhm und das gute Gesicht, die Friedenskonferenz zu beherbergen. Was hätte man nicht alles über den erlöschten großen Kongreß fabuliert! Hier oder fünfzigend Personen würden die Friedensdelegationen samt ihren Hilfsarbeitern und Bürobeamten, mit den Journalisten und dem ganzen Troß von nichtamtlichen Besuchern zählen, also eine ganz kleine Stadt müßte für den Kongreß hergerichtet werden. Eine Hotelstadt in dem einen Lande oder ein Badeort in einem anderen, hieß es, sollte für das Friedenswerk bereit gestellt werden, und noch mitten im Striege arbeitete man die erdenklichsten Pläne und Vorbereitungen aus. Jetzt ist es keine Stadt, sondern das kleine Barackenlager von Drest-Litowsk, das die Friedenskonferenz aufnimmt; nicht ein paar tausend, sondern rund etwa hundert Personen sind zugegen, und keinem Hotel, keinem Hausbesitzer und keinem Geschäftsmann fallen die erlöschten Kongreßprospekte in den Schoß. Aus dem einfachen Grunde, weil sie hier alle nicht vorhanden sind. Denn die Stadt Drest-Litowsk existiert nicht mehr, die Russen haben sie zerstört und die Einwohner vertrieben.

Ein Spaziergang von einer halben Stunde führt von der Zitadelle nach der Stadt. Gleich beim Bahnhof steht man im phantastischen Eisengerüst in die Luft ragen, das mit seinen verzogenen, unregelmäßigen Linien wie die Karrikatur einer ungenügenden Konstruktion aussieht; es war eine Fliegerhalle, die die Russen bei ihrem Abzuge zerstört haben. Die Chaussee

steigt an, bald kommt man an die ersten Häuser, und nun entfaltet sich ein Bild von ungeheurer, trostloser Monotonie. Vierstündlich der Stadt liegen in Trümmern. Die deutsche Verwaltung hat schon viel getan, um die Greuel der Verwüstung zu mildern; Trümmer und Schutt sind hinweggeräumt, ein Teil der Häuser wiederhergestellt, und Regen und Schnee haben in diesen zweieinhalb Jahren die Brandhügel abgemolchen. Von weitem sieht der helle Anstrich der Häuser, weiß oder rot, freundlich aus. Aber man geht durch einen Straßenzug nach dem andern und sieht überall dasselbe: ohne Dach stehen die nackten Mauern der ausgebrannten Häuser da, und in den öden Fensterhöhlen wohnt das Grauen.

Noch vor achtzig oder neunzig Jahren hatte die Stadt dort gestanden, wo sich heute die Zitadelle befindet. Aber Nikolaus I. wollte hier, an der Mündung des Muchawic in den Bug eine Festung anlegen, und da die Stadt dem Plane im Wege stand, so befehlt kaiserlichen Jar kurzerhand, sie abzubauen und ein paar Kilometer abwärts neu aufzubauen. Auf dem alten Blase entstand jetzt die Festung. Das Kernwerk, das sich an das rechte Ufer des Muchawic und Bug anlehnt — von der Brücke hat man einen lohnenden Blick über das bejaunte Flusstal — schließt einen ziemlich großen Platz ein, auf dem sich verschiedene Gebäude, eine russische Kirche und Baumanlagen befinden, und es wird weiter von einem Gürtel von Wällen umschlossen und wurde in neuerer Zeit durch weitere hinaus verlegte Außenforts verstärkt. Den Durchmesser der inneren Umwallung legt man wohl in zwanzig Minuten zurück. Ein Teil des Kernwerkes und mehrere der von ihm umschlossenen Gebäude sind von den Russen zerstört. Innerhalb der Umwallung rechts vom Bug, von dem Kernwerk durch einen Graben getrennt, liegen die Baracken. Ein paar gradlinige Straßen, die heute Gouvernementsstraße und Kernwerkstraße heißen, durchschneiden das Gebäude; an ihrem Kreuzungspunkte steht ein deutscher Zeitungstisch, und ein Wegweiser sagt, wo es zum Kino geht. Die Baracken selbst sind

kleine Häuserblöcke, niedrig gebaut, mit starken Mauern, drinnen mächtige Defsen und überall Doppeltüren.

Das Barackenlager ist heute die Residenz der Diplomatie. Selbst in einer Kleinstadt wären die hundert Personen mit verhältnismäßiger Leichtigkeit unterzubringen gewesen, aber in den Baracken, wo jeder einzelne Raum bereits seine Bestimmung hatte, war die Aufgabe keine Kleinigkeit. Indes hat die Militärverwaltung sie überaus rasch gelöst. Zuerst schien es, als ob die ganze deutsche Delegation in dem Sonderzuge wohnen bleiben müßte, und ganz entbehrlich ist dies Hotel auf Wärdern noch immer nicht, obwohl die meisten seiner früheren Zinsoffen in den Baracken eine etwas bivalentmäßige, aber ausreichende Unterkunft gefunden haben. Ueber die Fürsorge, die die Militärverwaltung den Delegationen in aller erdenklichen Weise gewidmet hat, hört man nur eine Stimme dankbarer Anerkennung. Die Gouvernementsstraße könnte jetzt die Diplomatenstraße heißen. Die Delegationen der Verbündeten und der Russen wohnen wenige Schritte von einander, nach Möglichkeit hat man jede Mission in einem eigenen Häuserblock untergebracht. Man speist in den beiden Militärkasinos und ist dort auch des Abends beisammen; in der Tat gäbe es gar keine andere Gelegenheit zusammenzukommen. In dem größeren der beiden Kasinos, das innerhalb des Kernwerkes liegt, wurde dieser Tage eine vorzügliche Kinovorstellung gegeben, und u. a. wurde der an Ort und Stelle angefertigte Film von den Woffenstillstandsverhandlungen vorgeführt. Da man bei dem Eintreffen der diplomatischen Missionen alsbald viele militärische Photographien an der Arbeit sah, so darf man wohl bald auch eine Vorstellung über den Beginn der Friedensverhandlungen erwarten. Alles ist hier sehr eng beieinander: im ersten Stock des Kasinos findet die historische Konferenz statt und im Saale des Erdgeschosses wird der Film vorgeführt werden, der die Ankunft und die Verhandlungen der Bevollmächtigten in den Straßen der Barackenstadt zeigt. W. B.







### Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß am 27. Dezember mein lieber, unvergesslicher Mann, der treu-gepflegte Vater meiner Kinder,

### Gottlob Hermann Stuber

Gefreiter in einem Dragoner-Regiment, infolge eines Schlaganfalles unerwartet verstorben ist. Seine Beerdigung fand am 30. Dezember in Feindesland statt.

Karlsruhe, den 7. Januar 1918. 2190

In tiefer Trauer:

Marie Stuber und 2 Kinder.

Verband der Schneider- und Schneiderinnen, Krankennunterstützungsbund der Schneider Filialen Karlsruhe.

### Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern und Freunden zur Nachricht, daß unser Mitglied

### Wilhelm Schünke, Schneider

Montag früh halb 10 Uhr, nach langer Krankheit sanft entschlafen ist.

Die Feuerbestattung findet Mittwoch nachmittag 4 Uhr vom Krematorium aus statt.

Trauerhaus: Rintheimerstraße 5. 2197

Die Bevollmächtigten:

Eug. Weis, Peter Mees.



## Kartoffel-Verkauf

Bis auf weiteres verkaufen wir Kartoffeln von 10 bis 1 Uhr vormittags.

Wenn infolge Verkaufs anderer empfindlicher Ware, wie Fett und Butter, der Kartoffelverkauf einmal ausfällt, so sind die Verkaufsstellen angewiesen, dies durch Plakate kenntlich zu machen.

Soweit infolge Kälte und schlechter Zufuhrmöglichkeit einzelne Läden vorübergehend ausverkauft sind, haben wir vorsorglich in folgenden Verkaufsstellen größere Quanten eingefellert 2192

- Verkaufsstelle Gertwigstr. 52
- Steinstr. 2 (Mendelssohnplatz)
- Nippurstr. (Ede Werderstr.)
- Akademiestr. (Ede Karlstr.)
- Sofienstr. (Ede Westendstr.)
- Boeckstr. (Ede Nooistr.)
- Kriegsstr. (Ede Eisenlohrstr.)



## Hausburjchen

in größere Hotels und Restaurants für hier und auswärts sofort gesucht. Bewerber mit Zeugnissen wollen sich melden beim 2193

Städt. Arbeitsamt  
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe  
Arbeitsamt Bähringerstr. 100. Fernsprecher 629.

# Zur Aufklärung.

Den zahlreichen Interessenten meiner Ersatz-Sohle, wegen deren Nichterscheinen im Handel, nachstehende Tatsachen zur gefl. Kenntnisnahme.

Die Herstellung und der Vertrieb der Sohle ging im Mai vorigen Jahres an die Badische Kriegs-Arbeitshilfe, gemeinnützige G. m. b. H. hier, über.

Dieselbe hat nach ihren wiederholten Erklärungen den Betrieb im letzten Sommer bereits mit ganzer Kraft und Hingebung aufgenommen.

Wie man mir s. Zt. versicherte, gewährleisten erstklassige kaufmännische Kräfte und die unmittelbaren Beziehungen der Badischen Kriegs-Arbeitshilfe zu sämtlichen Behörden der Militär- und Zivilverwaltung den Sohlenverbrauchern die denkbar beste und billigste Bedienung.

Nach einer weiteren mir von der Geschäftsleitung der Badischen Kriegs-Arbeitshilfe gewordenen Versicherung, führt der Minister Erzelenz von Bodman die Aufsicht in der Gesellschaft und prüft regelmäßig persönlich die Geschäftsbücher.

Vielleicht schafft eine Beschwerde der Interessenten an dieser Stelle eine Besserung, ich selbst bin dazu, so wie die Verhältnisse liegen, leider außerstande.

Karlsruhe, den 7. Januar 1918. 218

Karl Ruf.

## An die Arbeiter und Arbeiterinnen der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Karlsruhe-Gröbningen.

Mittwoch, den 9. Januar, vormittags 10 Uhr im großen Saal des Kolosseums

# Versammlung

für die Arbeiter und Arbeiterinnen des Betriebes.

Tagesordnung:

## Stellungnahme zu dem Ergebnis der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß des Vaterländischen Hilfsdienstgesetzes, Entschädigung für Auszeit betreffend.

Restauration findet keine statt.

Für Bedung der Auszeiten und zur Kontrolle werden Eintrittskarten zu je 10 Pf. ausgegeben. Eintrittskarten sind von Dienstag mittag ab im Büro des Metallarbeiterverbandes, Marktgrabenstraße 26, ebenso am Saaleingang erhältlich. Ohne Eintrittskarte hat niemand Zutritt. 2191

Der Arbeiterausschuß.  
J. A.: Kiefer.

## Grossh. Konservatorium für Musik Karlsruhe.

Unter dem Protektorate Ihrer Königlichen Hoheit der Grossherzogin Luise von Baden.

Der nächste Vortrag über Musikgeschichte und das nächste Vorspiel der Vorbereitungs-klassen finden statt Mittwoch den 9. ds. Ms. am Donnerstag, den 10. Januar

zur gewöhnlichen Stunde statt.

Der nächste Vortrag des Herrn Professor Dr. Preisendanz über griechische Lyrik wird auf Freitag den 18. Januar verlegt. 2195

## Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheaufgebote. Gottlieb Wattert von Laufen, hier, mit Frieda Leicht von hier. Oskar Schmieder von Maler hier, mit Sophie Rehmer von hier.

Eheschließungen. Hermann Leicht von Mörich, Eisenhobler in Karlsruhe-Gröbningen, mit Frieda Schlager von hier. Hermann Trunzer von hier, Architekt hier, mit Elia Anna Rogg von hier. Josef Schmidhäuser von hier. Obermaischmeistermaat hier, mit Bertha Eisenhobler von Stein. Emil Walsch von hier, Friseur hier, mit Klara Elia Rehmer von hier.

Geburten. Paula, Vater Eugen Friedrich Sutter, Schloffer Emma, Vater Lorenz Reith, Martensschleifer. Josef Kozl, Vater Hermann Dertel, Architekt.

Todesfälle. Albert Boonole Oberhauer-Inspektor, Ehemann, alt 65 Jahre. Christiana Dörmann, alt 44 Jahre; Ehefrau von Carl Dallmus, Stadtagelöhner. 2195, alt 2 Tage, Vater Richard Hellgrebe, Schuhmann. Auguste Schulze alt 74 Jahre, Witwe von Christian Schulze, Schneider.

## Städt. Badanstalt (Vierordtbad) Karlsruhe.

### Medizinische Bäder.

Fichtennadel-Salz (Rappenauner oder Stassfurter).

Mutterlauge u. Schwefel (Thiopinol)-Bäder.

Badezeit für Herren und Damen: 8-1 Uhr vorm. und 3-8 Uhr nachm. Samstags bis 9/4 Uhr Sonntags geschlossen.

Mittags 1 bis 3 Uhr geschlossen. 2188

### Ausgeämmte Frauenhaare

kauft Oskar Decker, Haarhandlung hierstr. 32.

## Warm und trocken

Selbst die Füße bei Benützung der neuen, leicht anbring- und abnehmbaren Sängsohle, mit der Drahtspirale

Neuheit! D.M.G.M. Besonders zweckmäßig für alle Werkstätten-Arbeiter, Schulkinder, sowie solche, die viel auf kaltem Steinboden, in nassen Räumen oder im Freien sich aufhalten müssen. Die Ledersohlen werden dadurch sehr geschont. Die den Absatz und die Sohle elastisch verbindende Drahtspirale gibt Gewähr für guten Sitz und Halt und gestattet die erforderliche freie Beweglichkeit der Sohle genau so wie bei einer Leder- oder Filzsohle. Die geringen Anschaffungskosten machen sich beim Tragen, schon allein durch Schonung der jetzt so teuren Ledersohlen in Wärme bezahlt. 2187

Alleinverkauf bei Ernst Marx Luisenstr. 58, Fernruf 3088

## Sterchungsverein Karlsruhe.

Sprechstunden: Mi. u. Sa. 11.50 Uhr bis 12.15 Uhr. Geschäftszimmer: Sofienstr. 26. Mitglieder-Versammlung jeden zweiten Mittwoch im Mona in den Bier Jahres-eitent, Gebeistr. 21. 1229

## Rasier-Ringen

werden haarlos geschliffen, Etüd 10 Pf. 1959

Kaiserstr. 18, Laden.

## Ein kleiner Karer Transportschlitten

zu verkaufen. Volksfreund, Luisenstr. 21. 2059

## Druckfaden

Druckerei Volksfreund

## Tauftragung.

Allen denen, die es uns durch ihre Gaben ermöglichten, den Blinden der Stadt und Umgebung, sowie den kriegsbedingten eine Weihnachtstende zu bereiten, danken wir auf der herzlichste.

Der Vorstand der Blindenvereingung von Karlsruhe und Umgebung. 219